

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates  
vom 18. Mai 1994*

*Rapport écrit du Conseil fédéral  
du 18 mai 1994*

Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor schweren Schäden infolge von Störfällen beim Transport gefährlicher Güter auf Eisenbahnanlagen ist in der Verordnung vom 27. Februar 1991 über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, StFV, SR 814.012) geregelt.

1. Die Ereignisse vom 8. März in Zürich-Affoltern haben erneut gezeigt, dass ein hochentwickeltes und komplexes Transportsystem besondere Risiken hervorruft. Diese Risiken sind in jedem Fall ernst zu nehmen und mit allen geeigneten und verfügbaren Mitteln zu verringern.

Die Störfallverordnung fordert, dass die mit dem Transport von gefährlichen Gütern verbundenen Risiken stufenweise erhoben werden. In einem ersten Schritt haben die SBB zu diesem Zweck sogenannte Kurzberichte erarbeitet. Die dem Bundesamt für Verkehr bisher eingereichten Kurzberichte der SBB-Strecken wurden den Kantonen zur Stellungnahme unterbreitet. Aufgrund dieser Grundlageninformation werden gesamtschweizerisch die Risikoschwerpunkte herausgearbeitet. Ergibt die Beurteilung, dass die ergriffenen oder vorgesehenen Sicherheitsmassnahmen möglicherweise nicht genügen, müssen durch die SBB in einem zweiten Schritt detaillierte Risikoermittlungen vorgenommen werden. Daraus hat das Bundesamt für Verkehr als Vollzugsbehörde unter Einbezug der Stellungnahmen der Kantone zu beurteilen, ob das Risiko für die Bevölkerung oder die Umwelt tragbar ist. Ist dem nicht so, ordnet die Vollzugsbehörde zusätzliche Sicherheitsmassnahmen an. Wenn nötig hat der Bundesrat die Anordnung der Massnahmen zu koordinieren. Die Kantone können verfügbare Informationen jederzeit bei der Vollzugsbehörde anfordern.

2. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesamt für Verkehr als Vollzugsbehörde und den Kantonen ist durch den Ablauf des Vollzugs der Störfallverordnung gegeben. So haben die Kantone Gelegenheit, zu den von den SBB eingereichten Kurzberichten Stellung zu nehmen. Ein analoges Vorgehen ist bei der Prüfung und Beurteilung allfälliger Risikoermittlungen vorgesehen. Im Rahmen von periodisch stattfindenden Veranstaltungen werden die Fachstellen der Kantone durch den Bund über den Stand des Vollzugs der Störfallverordnung informiert und in die Problemlösung mit einbezogen. Der Bundesrat misst der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen in diesen Fragen eine grosse Bedeutung zu. Nur so kann die komplexe Problematik effizient bearbeitet werden.

3. Derzeit liegen dem Bundesamt für Verkehr Informationen der SBB über den Transport gefährlicher Güter auf Stufe Kurzbericht vor. Die Kurzberichte der Strecke Basel-Olten-Chiasso sind den Kantonen und der Fachstelle des Bundes (Buwal) zur Stellungnahme unterbreitet worden. Aufgrund dieser Stellungnahmen wurden die SBB aufgefordert, diese Kurzberichte in einigen Punkten zu ergänzen, damit sie alle für die Beurteilung notwendigen Angaben enthalten. Im Laufe des Sommers werden sich die Kantone und die Fachstelle des Bundes erneut zu den ergänzten Kurzberichten äussern können. Anschliessend werden die Kurzberichte durch das Bundesamt für Verkehr geprüft. Die Beurteilung wird Aufschluss darüber geben, wo tiefergehende Untersuchungen (Risikoermittlungen) und allenfalls weiter gehende Sicherheitsmassnahmen vorzusehen sind.

4. Bevor allfällige Lehren und Konsequenzen aus dem Unfall in Zürich-Affoltern gezogen werden können, muss die genaue Unfallursache untersucht werden. Die SBB werden hierzu einen Untersuchungsbericht verfassen und der Vollzugsbehörde einreichen. Nach ersten Erkenntnissen stehen die Unfälle von Stein-Säckingen und Zürich-Affoltern in keinem ursächlichen Zusammenhang. Aufgrund der Art des Unfalls in Zürich-Affoltern besteht für die SBB kein unmittelbarer Handlungsbedarf.

Die SBB müssen ungeachtet der laufenden Unfalluntersuchungen eigenverantwortlich alle zur Verminderung des Risikos geeigneten Massnahmen treffen, die nach dem Stand der Sicherheitstechnik verfügbar und wirtschaftlich tragbar sind.

Von seiten des Bundes wird eine Harmonisierung des Sicherheitsniveaus über das gesamte schweizerische Eisenbahnnetz angestrebt. Zu beachten sind hierzu besonders auch Entwicklungen im Ausland sowie internationale Übereinkommen. Die SBB beabsichtigen, ihr Netz der Zugüberwachungseinrichtungen wo nötig zu ergänzen. Eine mobile Gefahrgut-equipe der SBB überprüft stichprobenweise die Einhaltung der Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter. Auch haben die SBB das Konzept zur Gefahrgutausbildung ihres Personals weiterentwickelt. Die stufengerechte Ausbildung des Personals ist zurzeit eine zentrale Massnahme zur Verminderung des Risikos beim Transport gefährlicher Güter.

5. Derzeit prüfen die SBB gesamtschweizerisch die Beschaffung von sechs weiteren Lösch- und Rettungszügen, von denen einer im Raum Basel, allenfalls im Rangierbahnhof Muttenz, stationiert werden soll. Im Rangierbahnhof von Muttenz kommen gemäss geltender Einsatzplanung der SBB im Ereignisfall zuerst der örtliche Wehrdienst und die in unmittelbarer Nähe stationierte Chemiewehr zum Einsatz. Im Bedarfsfall werden zusätzliche Wehrdienste aufgeboden, so auch die Lösch- und Rettungszüge der SBB aus Olten und Delémont. Die SBB sind bezüglich Einsatzplanung für Störfälle zur Zusammenarbeit mit den öffentlichen Ereignisdiensten verpflichtet. Es ist Aufgabe der Kantone, die Ereignisdienste mit der Einsatzplanung der SBB zu koordinieren.

*Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt  
Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait*

94.3063

**Interpellation Jenni Peter**

**Volksabstimmungen. Wortlaut  
von Stimmzettel und Botschaft**

**Votations populaires. Formulation  
du bulletin de vote et du message**

*Wortlaut der Interpellation vom 1. März 1994*

Mit Vorstössen und Fragen von Parlamentariern kam der Unmut der Bevölkerung über den Wortlaut von Volksabstimmungen bereits mehrere Male zum Ausdruck.

Bei der Abstimmung vom 28. November 1993, «Bundesbeschluss über die Finanzordnung», wurde zum Beispiel bemängelt, dass das gebräuchliche Wort «Mehrwertsteuer» auf dem Stimmzettel fehlte. Auch am 20. Februar 1994 war das im Volksmund gebräuchliche Wort «Autobahnvignette» auf dem Stimmzettel nicht zu finden.

Abstimmungen sollen der Bevölkerung so einfach wie möglich gemacht werden; deshalb wäre es angebracht, diese Ergänzungen mindestens in Klammern auf dem Stimmzettel und in der Botschaft anzubringen.

Am 12. Juni 1994 wird über das Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen abgestimmt. Von den Medien und Politikern wird nur von «Blauhelmen» gesprochen. Es wäre deshalb unverantwortlich, wenn dieser Ausdruck auf dem Stimmzettel wieder fehlen würde. Ich bitte Sie deshalb, mir mitzuteilen, ob Sie bereit sind, die Ergänzung «Uno-Blauhelme» auf dem Stimmzettel und in der Botschaft mindestens in Klammern anzubringen.

*Texte de l'interpellation du 1er mars 1994*

De nombreuses interventions et questions des députés ont déjà fait état du mécontentement de la population concernant les textes figurant sur les bulletins de vote.

Lors de la votation du 28 novembre 1993 relative à l'arrêté fédéral sur le régime financier, de nombreuses personnes se sont plaintes de ne pas trouver sur les bulletins de vote le terme pourtant courant de «TVA». Lors de la votation du

20 février 1994, le terme usuel de «vignette autoroutière» ne figurait pas non plus sur les bulletins.

Lors de votations populaires, il convient de faciliter les choses aux citoyens. Par conséquent, il faudrait rajouter ces termes au moins entre parenthèses sur les bulletins de vote et dans les explications.

Le 12 juin 1994, nous voterons sur la loi fédérale concernant les troupes suisses chargées d'opérations en faveur du maintien de la paix. Les médias et les politiciens ne parlent que de «casques bleus». Il serait dès lors malvenu de ne pas faire figurer ce terme sur les bulletins de vote.

Je vous prie donc de me dire si vous êtes disposés à faire figurer la mention «casques bleus de l'ONU» au moins entre parenthèses sur les bulletins de vote et dans les explications.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Borer Roland, Dreher, Kern, Moser, Scherrer Jürg, Steinemann (6)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 14. März 1994*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 14 mars 1994*

Der Bundesrat hat bereits im Februar 1994 entschieden, der Erwähnung des Gesetzes in der Abstimmungsfrage in Klammern den Ausdruck «Blauhelme» beizufügen. Der Ausdruck wird somit auch in den Abstimmungserläuterungen verwendet werden.

*Erklärung des Interpellanten: teilweise befriedigt*  
*Déclaration de l'interpellateur: partiellement satisfait*

94.3084

**Interpellation Camponovo**  
**Vernehmlassungsverfahren**  
**Interpellanza Camponovo**  
**Procedura di consultazione**  
**Interpellation Camponovo**  
**Procédure de consultation**

*Wortlaut der Interpellation vom 7. März 1994*

Ich frage den Bundesrat, ob er für Vorhaben von erheblicher Tragweite nicht neue Formen der Vernehmlassung, namentlich bei den Kantonen, prüfen und beschliessen könnte.

Das geltende Verfahren, das auf schriftlichen Stellungnahmen beruht, gestattet keine aktive Präsentation derselben durch die Kantone und verunmöglicht somit die Kenntnisnahme seitens der anderen Kantone.

Diese Mängel könnten mit einem Anhörungsverfahren (Hearing) oder mit einer gemeinsamen Stellungnahme der Kantone, in welcher übereinstimmende sowie abweichende Standpunkte gekennzeichnet würden, beseitigt werden.

Der Vorschlag eines Kantons könnte somit auch die Zustimmung anderer Kantone finden, etwas, das bisher eher unwahrscheinlich scheint. Eine Zusammenstellung der Ergebnisse, jedoch nicht in einer tabellarischen Form, die die Interpretation der Verwaltung widerspiegelt, könnte für das Parlament und vor allem für seine Kommissionen von grossem Nutzen sein.

Hearings mit Simultanübersetzung von den und in die drei Landessprachen könnten das gegenseitige Verständnis fördern und würden ausserdem die Kantone in vermehrtem Mass in die politische Entscheidungsfindung auf Bundesebene einbeziehen.

*Testo dell'interpellanza del 7 marzo 1994*

Chiedo al Consiglio federale se non intende studiare ed adottare, per oggetti di vasta portata, nuove forme di consultazione, in particolare dei Cantoni.

La procedura basata sulle prese di posizione scritte non permette una presentazione attiva da parte dei Cantoni e una conoscenza delle stesse da parte degli altri Cantoni.

Queste carenze potrebbero essere eliminate con una procedura di ascolto («hearings») oppure con una presa di posizione comune da parte dei Cantoni con l'indicazione delle osservazioni concordanti e di quelle di disaccordo.

La proposta di un Cantone potrebbe trovare consenzienti anche altri Cantoni, ciò che ora sembra poco probabile. Un documento riassuntivo che non abbia una forma tabellare frutto dell'interpretazione dell'Amministrazione potrebbe essere di grande utilità anche per il Parlamento, in particolare per le sue commissioni.

Degli «hearings» condotti con l'ausilio della traduzione simultanea dalle e nelle tre lingue nazionali potrebbero favorire la comprensione nazionale e saprebbero coinvolgere maggiormente i Cantoni nella definizione delle scelte politiche federali.

*Texte de l'interpellation du 7 mars 1994*

Je demande au Conseil fédéral s'il entend examiner et adopter une nouvelle forme de consultation, des cantons en particulier, pour les objets d'une grande portée.

La procédure fondée sur les avis écrits ne permet pas aux cantons de présenter activement leurs arguments ni de connaître ceux des autres cantons.

Ces carences pourraient être éliminées au moyen d'une procédure d'auditions ou par une méthode permettant aux cantons de formuler un avis commun en précisant leurs points d'accord et de désaccord.

La proposition d'un canton pourrait ainsi trouver des appuis dans d'autres cantons, ce qui ne semble guère possible avec la méthode actuelle. Un document récapitulatif, qui ne soit pas simplement un tableau résultant de l'interprétation de l'administration fédérale pourrait être d'une grande utilité aussi pour le Parlement et en particulier pour ses commissions.

Par ailleurs, des auditions menées à l'aide de traductions simultanées dans les trois langues officielles pourraient favoriser la compréhension nationale et impliquer davantage les cantons dans la définition des options politiques fédérales.

*Mitunterzeichner – Cofirmatari – Cosignataires:* Keine – Nessuno – Aucun

*Schriftliche Begründung – Motivazione scritta – Développement par écrit*

L'autore rinuncia alla motivazione e desidera una risposta scritta.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 4. Mai 1994*

*Risposta scritta del Consiglio federale del 4 maggio 1994*

*Rapport écrit du Conseil fédéral du 4 mai 1994*

In occasione dell'introduzione dell'ordinanza sulla procedura di consultazione nel 1991, il Consiglio federale ha ripreso la richiesta principale dell'interpellanza. I propositi esplicitati nell'atto legislativo vengono attuati nel singolo caso creando una prassi che deve però essere costantemente verificata.

Il Consiglio federale condivide il parere dell'autore dell'interpellanza secondo cui nell'ambito della procedura legislativa preliminare si deve mirare ad uno scambio di opinioni tra il Consiglio federale, i Cantoni ed i partiti politici nonché gli enti interessati, che dal profilo materiale è positivo e riveste grande importanza per il funzionamento della legislazione svizzera. Il Consiglio federale ha però finora ritenuto che la collaborazione dei Cantoni nell'ambito della procedura scritta si sia rivelata migliore e più approfondita e, in linea di principio, intende quindi mantenerla. Esso ammette tuttavia che in singoli casi, ad esempio per atti legislativi di notevole portata, bisognerebbe esaminare la possibilità di una procedura sotto forma di

## **Interpellation Jenni Peter Volksabstimmungen. Wortlaut von Stimmzettel und Botschaft**

## **Interpellation Jenni Votations populaires. Formulation du bulletin de vote et du message**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	16
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	94.3063
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.06.1994 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1213-1214
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 210

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.